Die Siegermächte warnen Bonn

Helmut Kohls Stufenplan zur deutschen Einheit stieß in Ost und West auf heftige Kritik. Gorbatschow warnte in Moskau davor, jetzt „in die Flamme" zu blasen, Frankreichs Mitterrand mag sich ein Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern als „eigenständige Kraft, unkontrolliert" nicht vorstellen. Auch die Nato hat Bedenken.

Michail Gorbatschow beklagte sich bei François Mitterrand heftig über Helmut Kohl: Der Zehn-Punkte-Plan des Deutschen zur Wiedervereinigung störe den Reformprozeß in Osteuropa, Kohl sei kein verläßlicher Partner. „Wir können mit diesem Kanzler nichts anfangen."

Der französische Staatspräsident widersprach nicht. Nur soviel wandte er ein: Die Deutschen seien Freunde der Franzosen, ihr Wunsch nach Einheit ein seriöses Anliegen. Aber die Wiedervereinigung, hierin war sich Mitterrand mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef am vergangenen Mittwoch wieder einig, stehe „nicht auf der Tagesordnung".

Im Bonner Kanzleramt, wo der vertrauliche Bericht über das Treffen Mitterrand/Gorbatschow am vergangenen Donnerstag einging, war die Bestürzung groß: Auch den engen Kanzlermitarbeitern dämmerte, daß Helmut Kohl, der so gern die Sache der Deutschen voranbringen wollte, sich wohl doch nicht um das Vaterland verdient gemacht hat. Wollen und Können klafften, wie so oft bei diesem Kanzler, wieder einmal auseinander.

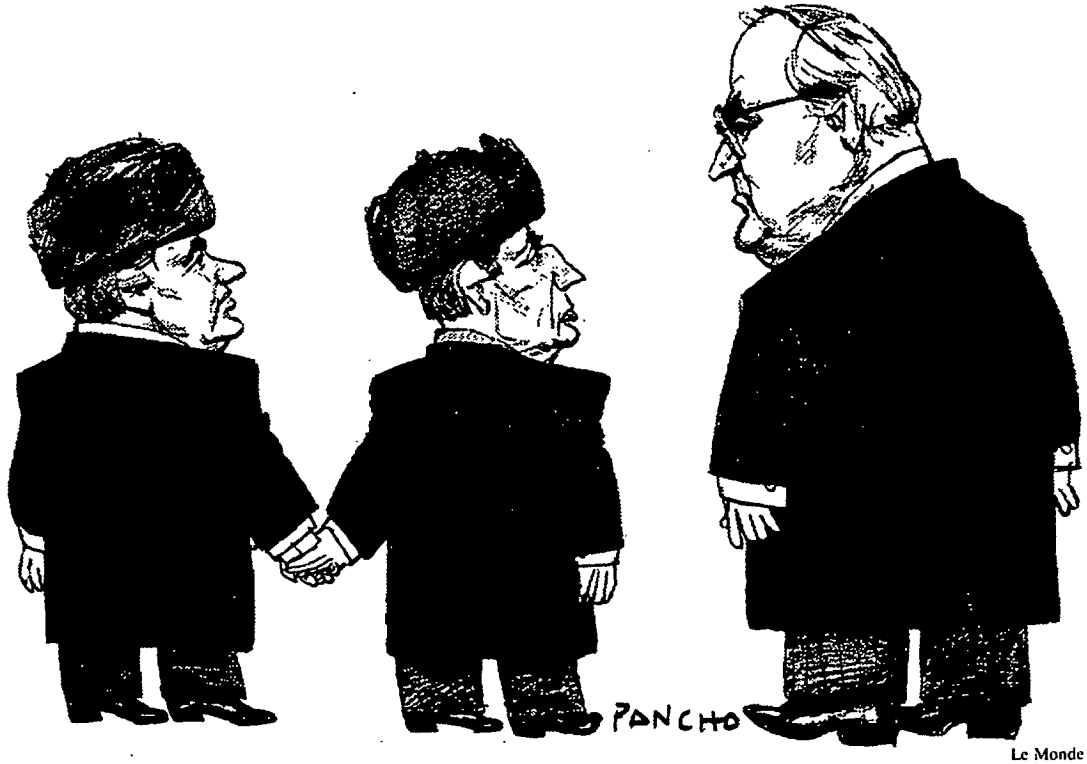
Im Alleingang, ohne Absprache mit den westlichen Verbündeten und hinter dem Rücken des eigenen Außenministers, hatte der Bonner Regierungschef seinen Zehnerkatalog verfaßt, der über „konföderative Strukturen" zwischen Bundesrepublik und DDR den Weg hin zum gesamtdeutschen Bundesstaat weisen sollte. Ohne Gespür für die immer noch verbreiteten Ressentiments gegen die Deutschen hatte der CDU-Kanzler wieder einmal die Nachkriegszeit auf eigene Faust beenden wollen – und weckte weltweit Mißtrauen.

Weil Kohl mit keinem Wort auf den Bestand der polnischen Westgrenze eingegangen war, nährte er in Ost und West den Verdacht, es ginge ihm nicht nur um die Einheit, sondern um Revision der Nachkriegsgrenzen in Europa. Kohls CDU-Generalsekretär Volker Rühe verstärkte diesen Verdacht noch, als er trotzig verkündete, „für die konföderativen Schritte brauchen wir keine Zustimmung aus dem Ausland. Das geht die beiden deutschen Staaten an".

Jeder wisse jetzt, pries auch Propaganda-Minister Hans Klein das Kohl-Papier, „wie die Schienen des Zugs zur deutschen Einheit laufen, wo die Bahnhöfe sind". Nur die Abfahrtszeiten fehlten noch.

Nun schicken sich die Großen dieser Welt an, dem Fahrdienstleiter in der kleinen Hauptstadt am Rhein die Kelle aus der Hand zu nehmen. Die großen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs trafen erstmals seit langer Zeit wieder eine Absprache über Deutschland – ohne Beteiligung der Deutschen.

Beim sowjetisch-amerikanischen Gipfel vor Malta verabredeten Gorbatschow und George Bush, die deutsche Wiedervereinigung sei kein Thema, die Auflösung der beiden Militärblöcke in Europa, zwingende Voraussetzung für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten im Rahmen einer europäischen Friedensordnung, nicht dringlich. Gorbatschow unterließ es, seinen alten Vorschlag nach Abschaffung der Militärpakte bis zum Jahr 2000 zu wiederholen. Und Bush machte klar, daß die amerikanische Präsenz in Europa erhalten bleibe.



Le Monde



Gesprächspartner Genscher, Schewardnadse: „Nur ein Durcheinander"

Auch der deutsch-französischen Freundschaft hat Kohl keinen guten Dienst erwiesen. In einem ausführlichen Gespräch mit Genscher hatte sich Mitterrand vor seinem Aufbruch nach Kiew beschwert, Frankreich sei davon ausgegangen, es könne in guten wie in schweren Zeiten mit der Bundesrepublik zusammenarbeiten und gemeinsam ein neues Europa bauen, in dem die DDR selbstverständlich eine Sonderstellung einnehmen müsse. Aber ein wiedervereinigtes Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern, „als eigenständige Kraft, unkontrolliert", sei für Europa nicht zu ertragen. Es dürfe in Europa nie wieder eine Situation wie 1913 vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs entstehen.

Wenn sich die Deutschen an Kohls Konzept orientierten und der Wiedervereinigung Vorrang vor der europäischen Integration einräumten, warnte der französische Präsident, dann werde Frankreich so frei sein, sich um ein neues Gleichgewicht in Europa zu bemühen, dann werde Paris die Gewichte neu verteilen. Wie das geschehen könnte, hat Mitterrands langjähriger Vertrauter Régis Debray kürzlich in einem Essay beschrieben: „Wenn ein wiedervereinigtes Deutschland ein zu großes Gewicht entwickeln sollte, dann würde man umgekehrt das alte französisch-russische Bündnis aus den Mottenkugeln holen."

Verärgert ist Mitterrand auch über Kohls Zögern, die Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft zu fördern. Kohl fürchtet, die Republikaner könnten als Vorkämpfer für den Erhalt der harten Mark und der Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank im Wahljahr 1990 Stimmen sammeln. Für Mitterrand stellt sich Kohl mit seiner Zurückhaltung in Währungsfragen auf eine Stufe mit Englands Premierministerin Margaret Thatcher, die den europäischen Integrationsprozeß nicht so schnell vorantreiben will. Mitterrand zu Genscher: Wenn die Deutschen mit Frau Thatcher zusammengingen, hätten sie einen Tag lang Gemeinsamkeit, am zweiten würde Frau Thatcher sich mit ihnen streiten, am dritten Tag würden alle gegen Deutschland stehen.

Außenminister Hans-Dietrich Genscher suchte die Scherben zu kitten. „Wie ein Weberschiffchen", lästerte der Sozialdemokrat Egon Bahr, jage Genscher jetzt zwischen den Hauptstädten hin und her, um die außenpolitischen Stümpereien des Kanzlers aus Oggersheim wettzumachen. Der Schaden, den Kohl mit seinem Zehn-Punkte-Plan angerichtet habe, so ein Genscher-Vertrauter, sei „grenzübergreifend".

In Moskau wurde dem Außenminister am Dienstag vergangener Woche bestätigt, was ihm tags zuvor sein US-Kollege James Baker in Brüssel über die amerikanisch-sowjetische Reaktion auf den Kohl-Plan berichtet hatte: „We are upset, they are very upset" – wir sind aufgebracht, sie sind sehr aufgebracht.

Dem Bonner Außenminister gelang es nicht, die tiefsitzenden Bedenken Gorbatschows auszuräumen. Schon zum dritten Male, bekam Genscher in Moskau zu hören, belaste Kohl die deutsch-sowjetischen Beziehungen: Erst vergleiche er Gorbatschow mit dem Nazi-Propagandisten Joseph Goebbels, dann erwecke er in seiner Rede auf dem CDU-Parteitag in Bremen den Eindruck, er rufe zur Überwindung des Status quo in Europa auf. Und jetzt suche Kohl auch noch die DDR zu bevormunden und die Unruhe in Osteuropa weiter anzuheizen.

Drei Stunden lang ging der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse mit Genscher Punkt für Punkt den Kohl-Plan durch. Vor allem die Bedingungen des Kanzlers für einen „grundlegenden Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems" seien „direktes Diktat" aus Bonn. Und Kohls Idee einer Konföderation, so Schewardnadse, „kann nur zu einem Durcheinander führen".

Noch schärfer fiel Gorbatschows Verdikt aus: Wer jetzt „in die Flamme" blase, müsse wissen, was er tue. Statt die Reformprozesse in den Warschauer-Pakt-Staaten, „die immerhin von uns ausgegangen sind", reifen zu lassen, erregte sich der Kreml-Reformer, suche Kohl die Schwierigkeiten der Perestroika egoistisch auszunutzen.



Premierministerin Thatcher
„Nicht übers Knie brechen"

Den innenpolitisch bedrängten Gorbatschow drückte dabei noch eine andere Sorge: Gerate der Wandel in der DDR außer Kontrolle, gab er Genscher zu bedenken, sei auch die Sicherheit der dort stationierten Sowjettruppen bedroht. Schon würden sowjetische Offiziersfrauen beschimpft, häuften sich Übergriffe auf Einrichtungen der Armee; die Sowjets, berichtete vergangene Woche die *Washington Post*, hätten inzwischen einige Truppenteile in Alarmbereitschaft versetzt.

Dennoch will der Kreml aus seinem Ärger über Kohl „keine Kampagne" gegen die Deutschen machen. Die Sorge über eine unberechenbare deutsche Außenpolitik aber bleibt – im Osten und im Westen. Der Kanzler bedauerte am ver-

Vereinigung der Sieger?

RUDOLF AUGSTEIN

Aus einem Verrat kann nur falsche Freundschaft erwachsen.
CHURCHILL 1951 ZU ADENAUER

Was nicht hätte passieren dürfen, nun ist es passiert: England und Frankreich haben es nicht etwa den Sowjets überlassen, die Einheit der Deutschen für tabu zu erklären, sie haben sich vielmehr selbst weit, und sicher zu weit, vorgewagt. Hatten die Gorbatschow-Russen einen Grund, so haben sie keinen, es sei denn den, bei der Verspätung die ersten zu sein.

Was Maggy Thatcher verlauten ließ, kann nur noch, Verzeihung, als dreist und anmaßend bezeichnet werden; sie scheint wohl tatsächlich „out of her mind" zu sein. Frühestens in 10 oder 15 Jahren will sie über eine deutsche Einheit mit sich reden lassen, wenn auch die Sowjetunion demokratisch-parlamentarisch reformiert sein wird.

Aber gibt es denn keinen Vertrag, den auch Großbritannien zu Adenauers Zeiten unterschrieben hat? „Ich möchte eine deutsche Armee im Stechschritt", sagte Churchill 1953 zu dem verblüfften Adenauer in London und exerzierte ihn mit ihm durch. Die Briten sind verpflichtet, die deutsche Einheit in Freiheit herbeizuführen, wenn sie möglich ist.

Im „Deutschlandvertrag" von 1952 ist nämlich nicht nur statuiert, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer „frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland" aufgeschoben werden müsse (eine dreiste Lüge); vielmehr steht da auch im Artikel 7:

> Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.

Die Lady in London, als eine reaktionäre Konservative, will Europa gar nicht. Sie beharrt auf ihrer „special relationship" zu den Vereinigten Staaten. Aber, so sagt Jim Hoagland in der *Washington Post*: „Amerika braucht derzeit Bankiers, keine Lehrer als Alliierte."

George Bush hat sich von Mitterrand wohl überzeugen lassen, der beste Weg, die deutsche Vereinigung zu bremsen, sei eine Beschleunigung des Ausbaus der Europäischen Gemeinschaft und eine Stärkung ihres derzeitigen (französischen) Präsidenten Jacques Delors. Kohl und Genscher, Bundestagswahlen vor Augen, können dieser Ansicht nicht sein.

Kann man wirklich Verträge unter Freunden schließen und dann kaltblütig nicht einhalten? Man kann, aber man sollte auch wissen, was das bedeutet. Mutet man den braven Deutschen die Gewißheit zu, daß sie zu Adenauers Zeiten in jeder Hinsicht betrogen wurden, macht das keinen guten Eindruck. Die nichtsouveränen, die westdeutschen Bundesgenossen werden sich darauf ihren Reim machen.

Da wirklich alles dafür sprach, daß Gorbatschow die deutsche Einheit nicht wollen könnte, derzeit jedenfalls nicht: Warum mußten Mitterrand und Thatcher ihre altbackenen und chauvinistischen Rang-Interessen nach vorn schieben? Sieht so die Kabinettspolitik von heute aus?

Man mag uns schelten, aber es hat gewiß nichts mit dem Komplex Auschwitz zu tun, wenn die Bonner Regierung die Absprachen zur Vorbereitung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erst 1991 und nicht schon 1990 stattfinden lassen wollte.

Der Gedanke an die Bundestagswahlen im nächsten Jahr lag da nicht fern. Aber die Probleme als solche – noch gar keine irgendwie praktikablen Vereinbarungen – sind nicht einfach wegzureden. Zuverlässige Geldwertstabilität da, wo sie existiert, kann bisher noch nicht gewährleistet werden. Man wird sie dem Prestigedenken des französischen Präsidenten oder dem Insel-Chauvinismus der Lady nicht opfern.

Ebensowenig wird man die Schwierigkeiten einer innerdeutschen Währung, und sie sind groß, nur deshalb mißachten, weil man einer europäischen Entwicklung zuvorkommen will. Es liegt in der Natur der Sache, daß man eher zu einer deutschen als zu einer europäischen (was wird das sein?) Währungseinheit kommen kann. Mag Kohl sich tölpeln, wie er will, hier vertritt er das ganze deutsche Volk in den jetzigen, von ihm immer noch für zweifelhaft erklärten Grenzen.

Mir, beispielsweise, wird von André Glucksmann vorgeworfen, ich hätte folgendes Rezept: „Fangen wir an, die DDR neu aufzubauen. Was mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei passiert, werden wir später sehen."

Ich habe kein solches Rezept, aber hat er eines? Die Völker im Osten, so meint er, wollten unseren friedlichen finanziellen Imperialismus. Aber so brutal sind wir ja gar nicht.

Es macht wenig Sinn, immer wieder mit Tauroggen, Rapallo und mit dem Hitler-Stalin-Pakt vorzufahren. Das amputierte Deutschland hat zu Gewaltstreichen mit Sicherheit weder Lust noch Kraft. Wir sind auch keine aggressiven Japaner, obwohl wir deren Wirtschaftskraft vielleicht demnächst erreichen werden.

Wenn wir anerkennen, daß Gorbatschow die „deutsche Karte" weder ziehen kann noch will, so wird *er* vielleicht vom Leben bestraft. Wir aber bleiben ohnehin in der EG, und die Nato wird ihren Charakter auch ohne Gorbatschow ändern. Sie ist, gar nicht im Sinne ihrer Erfinder, inzwischen nur noch ein Instrument zur Aufrechterhaltung des Warschauer Paktes.

Den „Anschluß", wir wollen ihn nicht. Will der Staat DDR überleben – bitte schön. Jene humanitäre Hilfe, die wir leisten können, müssen wir ohnedies leisten. Aber es ist schon allerhand, wenn der sowjetische Außenminister uns vorwirft, wir wollten ein „Diktat" ausüben. Wir wollen nur unser Geld nicht im sozialistischen Sumpf versickern lassen, wie das in der DDR geschah und in der Sowjetunion immer noch geschieht. Der Irrtum ist, daß man uns Ambitionen unterstellt. Können sich die osteuropäischen Länder am eigenen Schopf aus diesem ihnen verordneten Sumpf ziehen, so werden wir ihnen dabei gewiß helfen.

Nur hätten wir im Westen ganz gern eine Vertrauensgemeinschaft mit allen drei westlichen Alliierten gehabt; statt dessen haben wir sie am ehesten noch mit den Vereinigten Staaten. Margaret Thatcher und Mitterrand haben uns wissen lassen, was sie von uns halten.

Es wird die Zeit wohl nicht kommen, wo die Moskowiter die berühmte „deutsche Karte" auf den Tisch legen können. Nur, warum hat man ihnen dann überhaupt die Möglichkeit gegeben, mit diesem Trumpf in der Hinterhand herumzufuchteln?

gangenen Montag in Brüssel zwar, „daß außerhalb der deutschen Staatsgrenze manche über die zehn Punkte reden, ohne sie eigentlich gelesen zu haben". Doch dann bereitete er den Rückzug vor: „Deutschen Alleingängen oder Sonderwegen und einem rückwärts gewandten, engstirnigen Nationalismus" habe er nicht das Wort geredet.

Von US-Präsident Bush mußte sich Kohl in Brüssel vorhalten lassen, Washington werde sich das positive Verhältnis zur östlichen Supermacht nicht stören lassen. Amerika unterstütze zwar die Vereinigungswünsche der Deutschen. Aber der Selbstbestimmung dürfe nicht mit „bestimmten Modellen" vorgegriffen werden.

Margaret Thatcher, die britische Premierministerin, wandte ein, daß Zusammenwachsen der Deutschen dürfe nicht übers Knie gebrochen werden. Italiens Ministerpräsident Giulio Andreotti begründete die „Bedenken des westlichen Bündnisses" gegen den Kohl-Plan mit der „Wahl eines unrichtigen Zeitpunkts". Frankreichs Staatspräsident Mitterrand sagte gar – zum erstenmal – das bereits traditionelle Frühstück mit Kohl am Morgen des Nato-Gipfels ab.

Auch der Präsident daheim ging auf Distanz zu Kohls Einheitsplan. Richard von Weizsäcker, sonst darauf bedacht, sich nicht in die Tagespolitik einzumischen, mochte nicht länger schweigen. Er halte es „nicht für richtig", teilte er in der DDR-*National-Zeitung* mit, „schon jetzt sich gegenseitig Vorgaben in bezug auf Endresultate zu machen".



Besucher aus der DDR in Lübeck: „Enormes Wohlstandsgefälle"

Ost-West-Handel

Vieles ist möglich

Mit konkreten Angeboten reist Wirtschaftsminister Haussmann in dieser Woche zu seiner DDR-Kollegin Luft nach Ost-Berlin.

Helmut Haussmann erteilte seinen Beamten einen Großauftrag. Alle Abteilungen sollten prüfen, ob die bei ihnen vorhandenen Instrumente der Wirtschaftspolitik für die DDR eingesetzt werden könnten.

Vergangene Woche lag das Ergebnis der am 14. November beschlossenen Untersuchungen vor. Wenn Wirtschaftsminister Haussmann an diesem Donnerstag in Ost-Berlin mit der stellvertretenden Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin Christa Luft zusammentrifft, kann er der Ökonomieprofessorin einen bunten Bonner Strauß überreichen.

Die Fachleute haben ein Bouquet zusammengefügt, das in leuchtenden Farben ein ineinander verwobenes und prosperierendes deutsch-deutsches Wirtschaftsgebilde sichtbar werden läßt. „Möglich ist vieles", so ein Planer im Hause Haussmann, „die Politik muß nur wollen."



Gesprächspartner Luft, Haussmann
„Die Politik muß nur wollen"

Wozu die DDR bereit ist, hatte eine ostdeutsche Delegation schon vorvorige Woche der Brüsseler EG-Kommission in einer vertraulichen Unterrichtung ausgebreitet.

Zunächst sollen die 150 großen Kombinate in der DDR verkleinert werden und ihre Monopolstellung verlieren. Gleichzeitig wird, so die Abgesandten des DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow in Brüssel, Privatkapital zugelassen und ein marktorientiertes Wirtschaftssystem eingeführt. In einer zweiten zweijährigen Etappe soll das neue System stabilisiert und schließlich – von 1993 an – die neugeordnete Wirtschaft endgültig in den freien Weltmarkt entlassen werden.

Haussmann hat für jede der drei Stufen Hilfe anzubieten.

Den starken Anfangsschub soll ein erweiterter kleiner Grenzverkehr bringen: Pendler tragen DM-Kaufkraft in die grenznahe DDR, Handwerk und Kleingewerbe hüben und drüben kooperieren; DDR-Handwerkern im Grenzgebiet wird erlaubt, in der Bundesrepublik zu arbeiten. Die Konjunkturlage sei gegenwärtig so gut, schreiben Haussmanns Beamte, „daß sich die Klagen der westdeutschen Zonenrandwirtschaft in Grenzen halten dürften".

Wenn das „Experimentierfeld Grenzgebiet" (Bundeswirtschaftsministerium) beackert ist, soll ein umfassendes Strukturförderprogramm die ganze DDR erfassen – nach dem Vorbild der bundesrepublikanischen Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur".

Um den Handel in Schwung zu bringen und die DDR-Wirtschaft am Exportboom der Bundesrepublik teilhaben zu lassen, sollen, so Haussmanns Experten, großzügige Ausfuhrgewährleistungen geboten werden.

Bonn will der DDR außerdem helfen, nach westlichem Vorbild eine eigene Hermes-Versicherung einzurichten. DDR-Zulieferungen für Exportaufträge an die Bundesrepublik, so wird in Haussmanns Wirtschaftsministerium überlegt, könnten bis zu 50 Prozent ausmachen und trotzdem von der deut-